

Prekär ist nicht fair

Gegen schlechte Arbeits- und Lernbedingungen
in Integrationskursen



**Inhalte der Kundgebung
vor dem Innenministerium in Berlin**

am 9. März 2016

- Am selben Tag demonstrierten Kolleg*innen vor dem BAMF in Düsseldorf -

**» Wir sind hier, wir sind laut,
weil ihr uns den Job versaut! «**

Redebeitrag einer Kollegin I

» Ich unterrichte wöchentlich 25 bis 30 (Schul-)Stunden in Alphabetisierungskursen für 2 freie Träger in Moabit und Neukölln. An den Kursen nehmen bis zu 14 Menschen teil. Der Unterricht findet fünf Mal wöchentlich statt und dauert drei bis vier Zeitstunden.

Die TeilnehmerInnen sind überwiegend Flüchtlinge aus Syrien. Einige von ihnen (vor allem die Frauen und die Kurdisch stämmigen) haben kaum Schulerfahrung. Allen ist die lateinische Schriftsprache unbekannt. Nach maximal 1200 Unterrichtsstunden sollen sie in der Lage sein, sich mündlich und schriftlich im deutschen Alltag einigermaßen sicher zu verständigen und vor allem ausreichende Sprachkenntnisse für den Arbeitsmarkt zu haben. Ist das machbar? –

Ich habe einen Selbstversuch gemacht und einen Arabisch-Basis-Kurs besucht. Obwohl Arabisch nicht meine erste Fremdsprache ist und ich es gewohnt bin, zu lernen und in abstrakten Begriffen zu denken, war ich nach 2 Kursstunden ziemlich erschöpft und nicht weiter aufnahmefähig. Nach 3 Monaten konnte ich sagen:

Ich heiße Gabi.
Ich komme aus Deutschland.
Ich wohne in Berlin.
Wie geht es Dir?
Walhamdullilah, alles in Ordnung.
Wo ist dein Bruder?
Der Garten ist schön.
Ich möchte Falafel.
Danke.

– Meine Aussprache scheint sehr schlecht zu sein. Arabisch schreiben und lesen kann ich nach wie vor nicht, was mich nicht wundert. Laut Aussage eines Kollegen, der Alphabetisierungskurse für erwachsene deutsche Muttersprachler leitet, dauert es ca. fünf Jahre, bis die Teilnehmer einigermaßen mit der deutschen Schriftsprache vertraut sind.

In meinen Kursen beobachte ich, dass die TeilnehmerInnen am schnellsten Fortschritte machen, deren Lebensumstände einigermaßen gesichert sind, die eine Wohnung gefunden haben und die sich keine Sorgen um Familienmitglieder machen müssen, die noch in Syrien, in der Türkei oder an Grenzzäunen feststecken. Am erfolgreichsten sind die wenigen, die regelmäßige private oder berufliche Kontakte zu Deutschen haben. «

Stellungnahme einer Kollegin I

» Nach 1260 Stunden Unterricht können primäre und funktionale Analphabeten unmöglich ausreichend alphabetisiert sein, um längere Texte auf B1-Niveau in deutscher Sprache oder auf dem Niveau des O-Kurses (politischer Orientierungskurs für den Einbürgerungstest) zu lesen, geschweige denn lösen zu können! Nur Zweitschritterwerber sind nach intensivem Training dazu in der Lage!
Der Konkurrenzdruck der Sprachschulen verhindert eine offene Auseinandersetzung über dieses Thema! Seriös arbeitende Dozent/-innen, die mit ihren „erfolglosen“ primären und funktionalen Analphabet/-innen nicht die entsprechende Aufgabenbewältigung schaffen und deren Kurse nicht mit hauptsächlich

Zweitschifterwerb besetzt sind, gelten als unerfahrene Lehrkräfte!

Die Dozent/-innen werden vom BAMF genötigt, den primären und funktionalen Analphabet/-innen nicht nur die scheinbare Notwendigkeit dieser inakzeptablen Prüfungsbedingungen zu vermitteln, sondern bereits gewonnene Lernfortschritte und das neue Selbstbewusstsein der Kursteilnehmer/-innen zu untergraben. Nach der Verweigerung des Schulbesuches bzw. nach nur kurzem Schulbesuch im Heimatland erfahren die Teilnehmer/-innen die nächste (!) *Demütigung: Ein erfolgreicher B1- Test ist unerreichbar und der O-Kurs-Test wird zum Lotteriespiel!*

Mit dem Konzept für einen bundesweiten Alphabetisierungskurs trägt das Bundesamt ebenfalls **nicht den Interessen und der spezifischen Lern- und Lebenssituation von Zuwanderern mit Alphabetisierungsbedarf Rechnung**. Es muss dringend für primäre und funktionale Analphabeten und in Hinblick auf das tatsächliche Lernniveau, den zeitlichen und räumlichen Rahmen (hier auch für Teilnehmer/- innen der Integrationskurse!) für das Erwerben von Lernstrategien und -fähigkeiten im Spracherwerb überarbeitet werden. «

Redebeitrag einer Kollegin II

» Wir arbeiten in sogenannten Integrationskursen, und der Name legt nahe, dass unseren Teilnehmenden geholfen werden soll, durch das Erlernen der Sprache an unserer Gesellschaft teilhaben zu können. Was wir stattdessen vorfinden, sind oftmals soziale Dramen, denen wir hilflos gegenüber stehen. Teilnehmende erzählen uns, dass sie keine bezahlbare Wohnung finden, weil auf dem Berliner Wohnungsmarkt ein rumänischer oder bulgarischer Pass anscheinend schlimmer als ein Schufa-Eintrag ist. Also bezahlen sie unfassbare Mieten für kaum zumutbare Wohnungen, inklusive vierstelligen Provisionen. Teilnehmende berichten regelmäßig von nicht erstellten Arbeitsverträgen, absurd niedrigen Löhnen, nicht gezahlten Löhnen und nicht vorhandenem Arbeitsschutz. Aber niemand, nicht mal die Sozialberatungsstellen scheinen sich sonderlich dafür zu interessieren.

Wenn dann Menschen, die kleine Kinder zu Hause haben, 40 Stunden die Woche arbeiten und 20 Stunden die Woche den Deutschkurs besuchen, vom Jobcenter Verpflichtungen zu Maßnahmen und Coachings bekommen, dann fragen wir uns, ob die Angestellten im Jobcenter wissen, wieviel Stunden ein Tag und wieviel Tage eine Woche hat.

Durch Listen und ständige Sanktionsandrohung vom Jobcenter verkommt unsere Arbeit zu einer reinen Disziplinierungsmaßnahme. Gleichzeitig lastet die ganze Bringschuld der sogenannten Integration auf den Schultern der Migranten und Migrantinnen, während diese Gesellschaft nur die eigenen Vorteile aus deren Elend zieht.

Es gibt erwünschte und unerwünschte Migration, und je weiter unten eine Person in dieser Hierarchie steht, desto erbarmungsloser wird sie diskriminiert, ausgebeutet und abgezockt. Und wenn am Ende die verbrauchten Menschen von der Maschinerie wieder ausgespuckt werden, steht unter anderem das BAMF bereit, um sie z.B. mit der sogenannten "Rückkehrförderung" in die Peripherie Europas oder darüber hinaus in das Elend zurückzuverfrachten, aus dem sie so mühevoll entkommen sind.

Das ist auch das schmutzige Geschäft des Herrn de Maiziere, und viele Lehrkräfte haben es satt, mitanzusehen zu müssen, wie unsere Teilnehmenden behandelt werden; vom BAMF, vom Jobcenter, und von dieser Gesellschaft. «

Stellungnahme eines Kollegen II

» Bezüglich ihrer Aktivitäten bei der Integration präsentiert die Bundesregierung der Öffentlichkeit von Zeit zu Zeit die Zahlen derer, die bisher das Integrationskurssystem des BAMF durchlaufen haben. Die Zahlen sagen jedoch nichts über die Inhalte oder die Effektivität der Integrationskurse aus. Dem BAMF geht es nicht im Geringsten um Qualität, sondern, wie es scheint, nur um die Legitimierung seiner selbst und der Politik der Regierung.

Sehr deutlich manifestierte sich das jüngst in der Erhöhung der maximalen Teilnehmerzahl auf 25 Personen pro Kurs. Selbst bei der früher geltenden Begrenzung auf 20 Teilnehmer pro Kurs konnte lediglich der Schein eines Erfolgs aufrecht erhalten werden. Ein solches System existiert auf Kosten der Teilnehmer und der Dozenten, zum finanziellen Nutzen der Träger und zum publizistischen Nutzen der Regierung.

Ein wirkungsvoller Sprach- und Sachunterricht kann unter diesen Bedingungen freilich nicht stattfinden. «

Stellungnahme der Kontakt und Beratungsstelle für Flüchtlinge und MigrantInnen e.V.

» Unsere Teamsitzung teilt eure Kritik an den schlechten Arbeits- und Lernbedingungen in Integrationskursen. Gute Arbeit braucht auch gute Arbeitsbedingungen und eine gute Bezahlung!

Aus unserer alltäglichen Praxis heraus finden wir es zudem wichtig, auch den Zugang zu Integrationskursen zu problematisieren: Es ist zwar ein Fortschritt, dass seit November 2015 erstmals auch Asylbewerber_innen kostenfrei an sogenannten Integrationskursen teilnehmen dürfen. Dass diese Möglichkeit aber nur Geflüchteten aus bestimmten Herkunftsländern zusteht, ist eine diskriminierende Ungleichbehandlung.

Vor allem Asylbewerber_innen aus den nicht bevorzugt behandelten Herkunftsländern befinden sich viele Monate bis hin zu Jahren im Asylverfahren. In dieser Zeit haben sie keine Zugänge zu Deutschkursen abseits ehrenamtlicher Strukturen. «

Redebeitrag von BASTA! Erwerbsloseninitiative Berlin Wedding

» Wir als Erwerbslose der Basisorganisation Basta unterstützen eure Forderungen nach einer besseren Bezahlung und einem erleichterten Zugang von Geflüchteten zu euren Kursen. Wir wissen um die Hungerlöhne in der Branche, einige eurer Kolleg_innen waren bereits in unserer Sozialberatung - einige eurer Schüler_innen bestimmt auch. Die Bezahlung von Dozent_innnen ist unterirdisch und strotzt vor Verachtung allen Menschen gegenüber, die diese Sprache vermitteln und denen, die sie versuchen zu lernen.

Während die Politik von Integration schwafelt erleben wir tagtäglich was diese bedeutet. Menschen die kaum Deutsch sprechen werden an den Empfangsschaltern der Jobcenter abgewiesen. Amtssprache sei Deutsch schallt es ihnen entgegen. Das ist illegal, interessieren tut es niemanden. Doch selbst wenn es Menschen gelingt, die Eingangszone zu überwinden, erwartet sie ein undurchsichtiger Stapel an Papieren, die selbst Muttersprachler_innen in tiefe Krisen stürzen können. Oder kennt hier irgendjemand den Unterschied zwischen Haushalts-, Wohn- oder Bedarfsgemeinschaft?

Schaffen es EU-Migrant_innen trotz aller Schikanen Anträge zu stellen, werden sie mit der deutschen Interpretation der europäischen Freizügigkeit bekannt gemacht. Im Dezember 2011 beschloss Deutschland einen sogenannten Vorbehalt, seit 2015 gibt es massive Änderungen des Freizügigkeitsgesetzes. Das führt dazu, dass die Jobcenter Anträge von EU-Bürger_innen – mit keinem oder geringem Einkommen – pauschal ablehnen. Unzählige Gerichtsverfahren und der praktische Widerstand in den Jobcentern haben die Gültigkeit dieses Vorgehens in Zweifel gezogen. Doch ungeachtet der Zweifel und der unklaren Rechtslage, die Jobcenter verweigern nur all zu oft die zum Leben notwendigen Mittel.

Während Deutschland mit seinen Waren das europäische Ausland überhäuft und als Gewinner der europäischen Freizügigkeit dasteht, versucht es, die Betroffenen dieser Politik – Arbeitslose und Geringverdiener_innen aus Spanien, Griechenland oder Bulgarien – mit windigen Rechtskniffen von der deutschen Existenzsicherung auszuschließen. Ihre Arbeitskraft wird gerne genommen, eine Gleichstellung mit deutschen Arbeiter_innen und Erwerbslosen verwehrt. Die Menschen werden gegeneinander ausgespielt und hilfreich hierfür ist immer wieder die Nebelkerze der Integration.

Denn wenn in diesem Land von Integration gesprochen wird, ist nur zu oft Drohen und Ausgrenzen gemeint. Es verwundert nicht, dass bei vermeintlich fehlender Integrationsbereitschaft künftig schneller Abschiebungen erfolgen sollen. Wir kennen das Märchen von der Integration bereits von den Jobcentern. Bereits beim ersten Termin wird eine sogenannte Eingliederungsvereinbarung zur Unterschrift vorgelegt. Darin findet sich meist die Verpflichtung zum Spracherwerb. Egal ob der Mensch bereits 8 Stunden in `nem mies bezahlten Job festhängt oder sich mit 10 anderen Menschen in einer kleinen Wohnung stapelt. Der Besuch der Integrationskurse wird zur Pflicht und bei Verstößen hagelt es Sanktionen. Die Sprachschulen werden so zu erzwungenen Gehilfen der Jobcenter, wenn es darum geht Gelder einzusparen und Menschen aus der Existenzsicherung zu drängen.

Wenn es tatsächlich ein ernsthaftes Interesse daran gäbe allen Menschen in diesem Land eine Perspektive zu bieten, abseits von undokumentierter Arbeit und prekären Lebensbedingungen, wären sowohl die Dozent_innen hier angemessen bezahlt sowie die Existenz der hier lebenden Menschen gesichert. Es gibt kein Interesse und wir sind daher auch nicht gewillt, diesen Redebeitrag an die Verantwortlichen im Innenministerium zu richten. Wir sprechen alle Menschen an, die von Armut betroffen sind. Wir wollen uns organisieren, Alternativen erarbeiten und Bedingungen stellen, die nicht verhandelbar sind:

Wir fordern

- Sprachmittlung auf dem Amt für jede und jeden
- einen unbürokratischen Zugang zu Sprachkursen, die sich an den Lebensrealitäten der Menschen orientieren
- Abschaffung der Jobcenter Sanktionen
- Sozialleistungen für alle

In diesem Sinne verstehen wir uns als langfristiges politisches Projekt: Refugees welcome, Kapitalismus verabschieden! «

Die Redebeiträge und Stellungnahmen weiterer Kolleg*innen und Unterstützer*innen liegen uns leider nicht schriftlich vor – wie von der AG der Lehrbeauftragten bei der GEW-Berlin, der GEW-Berlin, vom Herderinstitut Leipzig und der Mieter*inneninitiative Alt-Treptow ...

Mehr und bessere Integrationskurse Ohne prekäre Beschäftigungsverhältnisse und mit guten Lernbedingungen

Wir Deutschdozent*innen protestieren gegen die schlechten Arbeits- und Lernbedingungen in Integrationskursen und in berufsbezogenen Deutschkursen

Sehr geehrter Herr Minister de Maizière,

weit mehr als 20 000 Dozent*innen arbeiten derzeit im Auftrag Ihres Ministeriums bundesweit bei rund 1450 Bildungsträgern (für Volkshochschulen, Vereine, Wohlfahrtsträger, GmbHs etc.) in Integrationskursen.

Wir haben akademische Abschlüsse, erteilen professionellen Sprachunterricht und leisten Integrationsarbeit in heterogenen Gruppen mit Menschen verschiedener Muttersprachen, Herkunftsländer und Altersgruppen, mit und ohne Schul- und Sprachlernerfahrung, teilweise traumatisiert und in problematischen Lebenssituationen.

Ihr Ministerium bezeichnet Integrationskurse als Kernstück der Integrationsanstrengung und als zentrale Aufgabe für unsere Gesellschaft. Geleistet jedoch wird diese Aufgabe von Dozent*innen, die aufgrund prekärer Arbeitsbedingungen gesellschaftlich an den Rand gedrängt werden.

Die Bildungsträger erhalten ihre finanzielle Zuweisung vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), das Ihrem Ministerium untersteht. Das BAMF gibt die Richtlinien über die Kursformate und -inhalte sowie die Zugangsberechtigung vor, regelt das Anforderungsprofil für die Dozent*innen und macht Vorgaben über die Höhe der zu zahlenden Honorare. Aber in den Vorgaben sind keinerlei Mechanismen vorgesehen, die es den Dozent*innen ermöglichen würden, ihre eigenen Interessen zu vertreten und ihre inhaltliche Expertise einzubringen.

Wegen der geringen finanziellen Zuweisungen an die Bildungsträger haben wir als Dozent*innen (fast) keinen Verhandlungsspielraum. Daher arbeiten die allermeisten von uns gezwungenermaßen als (Schein-) Selbstständige zu Armutshonoraren um die 23,00 Euro brutto pro Unterrichtseinheit. Davon müssen wir den vollen Betrag der Sozialabgaben (Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung) bezahlen. Für die meisten von uns gibt es keine Honorarfortzahlung im Krankheitsfall oder während Kursferienzeiten.

Bei einem vollen Lehrdeputat von etwa 25 Unterrichtsstunden pro Woche bleiben nach Abzug der Einkommenssteuer und der Sozialabgaben monatlich rund 1200 € übrig. In den Kursferien entfallen die Einnahmen, die Sozialversicherungsbeiträge müssen selbstverständlich weiter gezahlt werden. Unterrichtsvorbereitung, Kursorganisation, Besprechungen, Anfahrtszeit und –kosten sowie Buchhaltung werden nicht vergütet. Nur bei den wenigsten Trägern gibt es Dozent*innen-Vertretungen o.ä.. Im Falle von Konflikten mit Trägern oder Teilnehmer*innen droht oft der Verlust des Arbeitsplatzes.

Wir Dozent*innen im Integrationsbereich arbeiten de facto im Auftrag Ihres Ministeriums. Unsere direkten Vertragspartner sind de jure aber die Bildungsträger, auf die so die Verantwortung für unzureichende Bezahlung und fehlende soziale Absicherung abgewälzt wird.

„Wir schaffen das!“ - Aber wie? Wir möchten den Menschen, die derzeit getrieben von Krieg und Perspektivlosigkeit nach Deutschland kommen, durch unsere professionelle Arbeit der Sprachvermittlung die Teilnahme an allen gesellschaftlichen Bereichen erleichtern.

Die Neuregelungen für Integrationskurse, die das BAMF im Kontext der sogenannten Flüchtlingskrise vorgenommen hat, sind u. E. völlig unzureichend und weisen in die falsche Richtung: Die kürzlich beschlossene Erhöhung der Trägerpauschale von gerade einmal 16 Cent pro Teilnehmerstunde ist ein Hohn! Die Anforderungen einer Zusatzqualifizierung für Lehrkräfte (auch in Alphabetisierungskursen) auszusetzen, die Finanzierung der Kinderbetreuung für Integrationskurse zu streichen und die Teilnehmerzahl in den Kursen zu erhöhen senkt die Kursqualität und verschlechtert weiter unsere Arbeitsbedingungen.

Es braucht hierzulande mehr Deutschkurse für Zuwander*innen. Mit dem aktuellen Konzept der Integrationskurse wird den Interessen und der spezifischen Lern- und Lebenssituation vieler Zuwander*innen jedoch nicht Rechnung getragen. Dies gilt insbesondere für Geflüchtete. Es müssen ausreichende, auf die Bedürfnisse zugeschnittene und flexible Kursangebote, auch für Menschen mit unterbrochenen Bildungsverläufen, mit realistischen Abschlüssen geschaffen werden.

Und für diese Deutschkurse braucht es qualifizierte Dozent*innen. Angesichts der prekären Arbeitsbedingungen überrascht es jedoch nicht, dass es für die Träger immer schwieriger wird, entsprechende Dozent*innen zu finden.

Wir fordern:

- Tarifgebundenen Angestelltenstatus wie Sprachlehrer*innen an staatlichen Schulen oder bei Freiberuflichkeit 60 Euro pro UE plus eine Beteiligung der auftraggebenden Einrichtungen an den Sozialversicherungsabgaben!
- Flexiblere Kursformate und unbürokratischen Kurszugang auch für Geflüchtete!
- Fachliches Mitspracherecht der Dozent*innen bei Kurskonzeption, Kursinhalten und Prüfungen!

Sprechen Sie mit uns!

Mit freundlichen Grüßen

Dozent*innen der Freien Träger (freiedozentinnen@gmail.com)

Aktionsbündnis DaF Hannover (info@ab-daf-h.de)

Arbeitsgruppe Heidelberg (j.kuhn@studiolingo.com)

Arbeitskreis Weiterbildung der GEW Bielefeld (gew-bielefeld@gmx.de)

Bonner Offener Kreis DaF/DaZ-Lehrkräfte (BoK, bonner.offener.kreis@gmail.com)

DaF-Dozentinnen Reutlingen (rilling.stanislava@gmail.com)

DaZ-Netzwerk (daz.netzwerk@googlegmail.com)

Osnabrücker Initiative Deutsch als Zweitsprache (OSIDAZ, grosse.jutta@gmx.de)

VHS-Dozent*innen-Vertretung Berlin (dozvertretung-vhs-berlin@gmx.de)

VHS-Dozent*innen-Vertretung Potsdam (rosaluchs@ymail.com)

Dozent*innen der Freien Träger
(Kontakt: freiedozentinnen@gmail.com)

